

## Allgemeiner Teil

# Kantonsrat

## ***Kurzprotokoll der November-/Dezembersession 2009***

### **Übersicht**

Am Montag und am Dienstag, dem 30. November und dem 1. Dezember 2009, fand unter dem Vorsitz von Adrian Borgula, Luzern, eine Session des Kantonsrates statt. Der zweite Sessionstag wurde mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Jesuitenkirche begonnen. Ebenfalls am zweiten Sessionstag wurde am Vormittag eine Fragestunde durchgeführt.

Ein wichtiges Geschäft dieser Session war die Behandlung des Kantonsratsbeschlusses über die Genehmigung der Übertragung der Spital- und Klinikgebäude an das Luzerner Kantonsspital und die Luzerner Psychiatrie, den der Rat in ein Dekret umwandelte. Sodann behandelte der Kantonsrat ein Dekret über einen Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer zentralen Steuerlösung und er hiess die damit verbundene Änderung des Steuergesetzes nach 1. Beratung gut. Ebenfalls nach 1. Beratung stimmte der Rat einer Änderung des Stimmrechtsgesetzes zu. Er behandelte den Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative «Für faire Prämienverbilligung» und hiess eine Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes nach 1. Beratung gut. Mit zwei Kantonsratsbeschlüssen genehmigte der Rat Bauabrechnungen. Mit einem Dekret bewilligte der Kantonsrat einen Sonderkredit für die Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes der Berufsbildungszentren Wirtschaft, Informatik und Technik und mit einem Kantonsratsbeschluss sprach er Sonder- und Nachtragskredite für die Umsetzung der Informatikstrategie. Den Planungsbericht über die Ergänzung des kantonalen Radroutenkonzepts 1994 nahm der Rat in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

Der Kantonsrat wählte für das Jahr 2010 seinen Präsidenten, seinen Vizepräsidenten, die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, den Regierungspräsidenten und den Vizepräsidenten des Regierungsrates sowie einen nebenamtlichen Fachrichter des Verwaltungsgerichtes. Er vereidigte zwei neue, nachrückende Mitglieder des Kantonsrates und Guido Graf, Pfaffnau, als Regierungsrat. Der Rat wies drei Sachgeschäfte zur Vorberatung ständigen Kommissionen zu und nahm Wechsel in ständigen Kommissionen vor. Eröffnet wurde der Eingang von 21 parlamentarischen Vorstössen. Die für sieben Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für drei beschlossen und durchgeführt. Der Rat nahm auch Kenntnis vom Rückzug einer Motion.

Von den 47 traktandierten Geschäften konnten 32 behandelt werden.

## **Finanz- und Investitionsvorlagen**

**Beschaffung, Aufbau und Betrieb einer zentralen Steuerlösung.** Die Entwürfe eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer zentralen Steuerlösung sowie einer Änderung des Steuergesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 8. September 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 3. Oktober 2009, S. 2696) wurden behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Leo Müller, Ruswil). In 1. Beratung hiess der Kantonsrat die Änderung des Steuergesetzes gut. Mit der Rückweisung der Vorlage am 6. April 2009 beauftragte der Kantonsrat die Regierung, das Finanzierungsmodell zu überarbeiten und das zentrale Scanning sämtlicher Steuerakten zu überprüfen. Gestützt auf die neue Vorlage folgte der Kantonsrat dem Vorschlag der Regierung, am Scanning festzuhalten. Mit dieser Lösung können die Verarbeitungsprozesse im Steuerwesen sowohl bei den Gemeindesteuerämtern wie auch bei der kantonalen Dienststelle Steuern optimiert werden. Dank günstigeren Scanningkosten kann zudem die angestrebte Wirtschaftlichkeit des Projekts LuTax von 3 Millionen Franken sogar noch verbessert werden. Der Rat sprach sich auch für das überarbeitete Finanzierungsmodell aus. Neu sollen die Kosten für das Scanning sämtlicher Steuerakten unbefristet zu je 50 Prozent von den Gemeinden und vom Kanton getragen werden. An den Anbindungskosten an den zentralen Server sollen sich die Gemeinden neu entsprechend ihrer Anzahl Steuerarbeitsplätze beteiligen. Das Beratungsergebnis der Änderung des Steuergesetzes wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz Josef Roos, Adligenswil) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission überwiesen.

**Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes der Berufsbildungszentren Wirtschaft, Informatik und Technik sowie Gesundheit und Soziales in Sursee.** Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes der Berufsbildungszentren Wirtschaft, Informatik und Technik sowie Gesundheit und Soziales in Sursee gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. September 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 3. Oktober 2009, S. 2695) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Pius Zängerle, Adligenswil) und mit 84 zu 18 Stimmen gutgeheissen. In einer Abstimmung unter Namensaufruf lehnte der Rat einen Rückweisanspruch der Kommission mit 41 zu 72 Stimmen ab. Eine Kommissionsmehrheit hatte verlangt, das Projekt zu überarbeiten und eine kostengünstigere Lösung aufzuzeigen. Mit der Zustimmung zum Dekret bewilligte der Kantonsrat einen Sonderkredit von 34,9 Millionen Franken. Für die Umsetzung der Berufsfachschulplanung ist ein Erweiterungsbau am Standort Sursee unabdingbar. Nachdem die Berufe der Bereiche Wirtschaft, Informatik und Technik sowie neu auch die Berufe der Bereiche Gesundheit und Soziales am Standort Sursee ausgebildet werden sollen, soll das bestehende Hauptgebäude saniert und mit einem viergeschossigen Aufbau erweitert werden. Der bestehende Werktrakt soll wieder genutzt und mit zwei Flügelbauten mit dem Hauptgebäude verbunden werden. Eine neue Holzschmelzeheizung soll die Energieversorgung sicherstellen. Zudem soll die Schulanlage den Minergie-P-Standard erfüllen. Nach der Volksabstimmung sollen

das Baubewilligungsverfahren und die Ausführungsplanung unverzüglich eingeleitet werden. Mit dem Bau soll voraussichtlich im Frühjahr 2011 begonnen werden. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 5. Dezember 2009, S. 3362) unterliegt der Volksabstimmung.

**Baubrechung.** Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Neu- und Ausbau der Kantonsstrasse K 10, Schwanderholzstutz, Gemeinden Entlebuch und Werthenstein, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. Mai 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 24 vom 13. Juni 2009, S. 1625) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Pius Zängerle, Adligenswil) und gutgeheissen. Trotz Mehraufwendungen für aufwendigere Böschungssicherungen, zusätzliche Entwässerungen usw. konnte das Projekt mit einer Kreditunterschreitung abgeschlossen werden.

**Baubrechung.** Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Ausbau der linksufrigen Zuflüsse zur Kleinen Emme entlang der Kantonsstrasse K 10 in den Gemeinden Malters und Ruswil, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. August 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 38 vom 19. September 2009, S. 2574) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Pius Zängerle, Adligenswil) und gutgeheissen. Das Projekt konnte mit einer Kostenunterschreitung abgeschlossen werden.

**Umsetzung der Informatikstrategie (Anpassung des Voranschlags 2009 an neue Zuständigkeiten).** Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über Sonder- und Nachtragskredite für die Umsetzung der Informatikstrategie (Anpassung des Voranschlags 2009 an neue Zuständigkeiten) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 8. September 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 17. Oktober 2009, S. 2852) wurde behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Walter Stucki, Emmen) und gutgeheissen. Mit diesem Kantonsratsbeschluss bewilligte der Kantonsrat Sonder- und Nachtragskredite von 950 000 Franken für die Standardisierung der Informatikarbeitsplätze, von 990 000 Franken für die elektronische Verwaltungsführung und Geschäftsverwaltung und von 560 000 Franken für die Informatikarchitektur und Informatiksicherheit. Die Dienststelle Informatik benötigt diese Kredite in der Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Franken für die Umsetzung der Informatikstrategie des Kantons in der kantonalen Verwaltung und bei den Gerichten. Gleichzeitig wird auch der Voranschlag 2009 an die neuen Zuständigkeiten gemäss Informatikstrategie angepasst.

## Rechtsetzung

**Stimmrechtsgesetz.** Der Entwurf einer Änderung des Stimmrechtsgesetzes betreffend die Wahlkreise der Kantonsratswahlen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. September 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 3. Oktober 2009, S. 2698) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Nadia Britschgi, Ballwil) und gutgeheissen. Mit der in der Maisession 2009 erheblich erklärten Motion M 448 wurde verlangt, die Wahlkreise Willisau und

Entlebuch zu einem Wahlkreisverbund zusammenzuführen. Durch diesen Wahlkreisverbund werden die angeschlossenen Wahlkreise rechnerisch vereinigt. Damit wird das Proporzverfahren gemäss § 19 Absatz 1 der Kantonsverfassung verbessert. Auch im Verbundsystem sind die Wahlkreise die Nominationskreise für die Kandidatinnen und Kandidaten und die Stimmabgabekreise für die Stimmberechtigten. Zusätzlich zur Schaffung des Wahlkreisverbundes Willisau-Entlebuch wird die Gemeinde Wolhusen vom Wahlkreis Sursee in den Wahlkreis Entlebuch umgeteilt. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz von Josef Roos, Adligenswil) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission überwiesen.

**Volksinitiative «Für faire Prämienverbilligung».** Die Entwürfe eines Kantonsratsbeschlusses über die Volksinitiative «Für faire Prämienverbilligung» und einer Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. Juli 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 15. August 2009, S. 2236) wurden behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Rolf Hermetschweiler, Luzern). In 1. Beratung hiess der Kantonsrat die Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (PVG) und damit den Gegenentwurf des Regierungsrates zur Volksinitiative «Für faire Prämienverbilligung» gut. Die Volksinitiative verlangt in der Form einer allgemeinen Anregung, das PVG so zu ändern, dass ein Anspruch auf Prämienverbilligung besteht, wenn die Krankenkassenprämien 10 Prozent des anrechenbaren Einkommens übersteigen. Bei einer Annahme der Volksinitiative ginge das heutige Mass an Flexibilität verloren, welches bei der Umsetzung des komplexen Prämienverbilligungssystems zwingend notwendig ist. Als Gegenvorschlag zur Initiative wird § 7 Absatz 2 PVG insofern ergänzt, als die Beiträge des Kantons, die für die Prämienverbilligung vorgesehen sind und nach § 10 Absatz 1 PVG vom Kanton und von den Gemeinden je zur Hälfte finanziert werden, jährlich mindestens der Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst werden. Das Beratungsergebnis der Änderung des PVG wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz Josef Roos, Adligenswil) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission überwiesen.

**Übertragung der Spital- und Klinikgebäude an das Luzerner Kantonsspital und die Luzerner Psychiatrie.** Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über die Genehmigung der Übertragung der Spital- und Klinikgebäude an das Luzerner Kantonsspital und die Luzerner Psychiatrie gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. September 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 3. Oktober 2009, S. 2697) wurde behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Walter Stucki, Emmen). Der Kantonsrat folgte dem Antrag der Kommission, den Kantonsratsbeschluss in ein Dekret umzuwandeln und dieses Dekret der Volksabstimmung zu unterstellen. Er hiess das Dekret mit 78 zu 19 Stimmen gut. Mit der gleichzeitigen Erheblicherklärung der Kommissionsmotion M 528 verlangte der Rat einen stufengerechten Einbezug des Kantonsrates in die Investitionsplanung und die Immobilienstrategie des Luzerner Kantonsspitals und der Luzerner Psychiatrie nach der Übertragung der Spitalbauten.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Spitalgesetzes am 1. Januar 2008 wurden die kantonalen Spitäler und Kliniken rechtlich verselbständigt. Zum unternehmerischen Handeln gehört auch die Verfügungsgewalt über die Immobilien, da letztlich nur so auch die Unternehmensstrategie umgesetzt werden kann. Zudem ist im Dezember 2007 auf Bundesebene die neue Spitalfinanzierung beschlossen worden. Neu werden nicht mehr die ausgewiesenen Kosten, sondern von vornherein vereinbarte, diagnosebezogene Preise (SwissDRG) vergütet. Bestandteil dieser Preise sind auch die Investitionskosten. Zudem werden ab dem Jahr 2012 die auf den kantonalen Spitallisten aufgeführten Privatspitäler und Privatkliniken in gleicher Weise finanziert wie die öffentlichen Spitäler und Kliniken. Wenn nun von einer Übertragung der Spital- und Klinikliegenschaften an das Luzerner Kantonsspital und die Luzerner Psychiatrie abgesehen würde, hätten diese Spitäler gegenüber den privaten Spitälern und Kliniken schlechtere Marktbedingungen. Während die privaten Spitäler und Kliniken über den vom Kanton und den Versicherern bezahlten Investitionskostenanteil frei verfügen könnten, wäre dies beim Luzerner Kantonsspital und bei der Luzerner Psychiatrie nicht der Fall. Die Übertragung der für die Erfüllung der Kernaufgaben wichtigen Spital- und Klinikgebäude soll im Baurecht erfolgen. Die nicht betriebsnotwendigen Gebäude, die im Eigentum des Kantons verbleiben, werden den Unternehmen wie bisher vermietet. Die Übertragung der Gebäude soll zum Bilanzwert erfolgen. Die definitiven Übertragungswerte können jedoch erst zum Übertragungszeitpunkt festgelegt werden. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 5. Dezember 2009, S. 3361) unterliegt der Volksabstimmung.

## Planungsvorlagen

**Radroutenkonzept.** Der Planungsbericht über die Ergänzung des kantonalen Radroutenkonzepts 1994 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. Juli 2009 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 15. August 2009, S. 2241) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Pius Zängerle, Adligenswil) und in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen. Am 26. Juni 1995 nahm der damalige Grosse Rat den Planungsbericht über das kantonale Radroutenkonzept 1994 vom 10. Januar 1995 zustimmend zur Kenntnis. Dieses Konzept stellte die Planungsgrundlage für Radverkehrsanlagen bei der Erarbeitung der Bauprogramme für die Kantonsstrassen dar. Mit der am 4. Dezember 2006 erheblich erklärten Motion M 740 erteilte der Kantonsrat der Regierung den Auftrag, das Radroutenkonzept 1994 bezüglich Angebot, Massnahmen und Projektierungsgrundlagen den neuen Bedürfnissen, der Entwicklung der Normen und den Erfahrungen aus dem Betrieb anzupassen. Diese Anpassungen sind im Bauprogramm 2011–2014 für die Kantonsstrassen bei den Radrouten zu berücksichtigen. Die Gesamtlänge der Radverkehrsanlagen wird um 54 Kilometer auf neu 415 Kilometer erhöht, was einer Zunahme von 15 Prozent entspricht. Die Gesamtkosten für diese Vorhaben belaufen sich auf rund 80 Millionen Franken. Zu diesem Planungsbericht überwies der Kantonsrat eine Bemerkung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 5. Dezember 2009, S. 3363).

## Eintritte

**Kantonsrat.** Der Kantonsrat vereidigte Inge Lichtsteiner, Egolzwil, und Reinhold Sommer, Schötz, als neue Mitglieder.

**Regierungsrat.** Der Kantonsrat vereidigte Guido Graf, Pfaffnau, als Regierungsrat.

## Wahlen

**Kantonsrat.** Für das Jahr 2010 wurden gewählt:

- zum Kantonsratspräsidenten Hans Luternauer, Reiden
- zum Vizepräsidenten des Kantonsrates Leo Müller, Ruswil
- zu Stimmzählern Leo Fuchs, Kriens, Benjamin Kunz, Hergiswil und Urs Kunz, Luthern
- zur Stimmzähler-Stellvertreterin Lotti Stadelmann, Ruswil
- zum Stimmzähler-Stellvertreter Andreas Hofer, Sursee

**Regierungsrat.** Für das Jahr 2010 wurden gewählt:

- zum Regierungspräsidenten Anton Schwingruber, Werthenstein
- zum Vizepräsidenten des Regierungsrates Marcel Schwerzmann, Luzern

**Kommissionen.** Der Kantonsrat wählte Reinhold Sommer, Schötz (anstelle von Heidy Lang, Ermensee) als neues Mitglied der Kommission Wirtschaft und Abgaben, Roland Vonarburg, Schötz (anstelle von Guido Graf, Pfaffnau) als neues Mitglied der Planungs- und Finanzkommission und Inge Lichtsteiner, Egolzwil (anstelle von Roland Vonarburg, Schötz) als neues Mitglied der Kommission Wirtschaft und Abgaben. Während des Präsidialjahres wird Hans Luternauer, Reiden, in der Staatspolitischen Kommission durch Hildegard Meier, Willisau, vertreten.

**Verwaltungsgericht.** Als nebenamtlichen Fachrichter des Verwaltungsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2009–2013 wählte der Rat Beat Steinmann, Reiden.

## Motionen

**Erheblich erklärt** wurden die Motionen

- M 528 von Walter Stucki, Emmen, namens der PFK, über den stufengerechten Einbezug des Kantonsrates in die Investitionsplanung und die Immobilienstrategie des Luzerner Kantonsspitals und der Luzerner Psychiatrie nach der Übertragung der Spitalbauten,
- M 435 von Marlis Roos Willi, Geiss, über einen Planungsbericht zur Situation von Langzeitpflegeplätzen für geistig behinderte junge Erwachsene mit Verhaltensauffälligkeiten.

**Abgelehnt** wurde die Motion

- M 423 von Herbert Widmer, Luzern, über eine rasche Erarbeitung eines Konzeptes zur finanziellen Gesunderhaltung bzw. Gesundung von Gemeinden, welche durch die Massnahmen im Steuerbereich und im Bereich der NFA in finanzielle Probleme geraten.

**Zurückgezogen** wurde die Motion

- M 835 von Roland Vonarburg, Schötz, über eine Änderung des Grossratsgesetzes und der Geschäftsordnung für den Grossen Rat (eröffnet 5. Dezember 2006).

**Postulate****Erheblich erklärt** wurden die Postulate

- von Christina Reusser, Ebikon, über die Schaffung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (eingereicht als Motion M 400),
- von Jacqueline Mennel Kaeslin, Hochdorf, über eine Ergänzungsleistung nach dem Solothurner Modell für einkommensschwache Familien als wirksames Mittel gegen Familienarmut (eingereicht als Motion M 466),
- P 431 von Peter Schilliger, Udligenswil, über die steuerliche Begünstigung der sprachlichen Weiterbildung und die aktive Vermarktung der steuerlichen Vorteile,
- P 470 von Walter Stucki, Emmen, namens der PFK, über die Einführung des Internen Kontrollsystems IKS in der gesamten kantonalen Verwaltung bis Ende 2010,
- P 494 von Erna Müller-Kleeb, Rickenbach, über mögliche Massnahmen zur Sicherung und Erweiterung des Lehrstellenangebotes im Beruf Bekleidungsgestalter/in.

**Teilweise erheblich erklärt** wurden die Postulate

- von Adrian Schmassmann, Eich, über die Planung der nationalen Radwanderoute Sempach–Schenkon (eingereicht als Motion M 329),
- P 347 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über den Bau eines Rad- und Gehwegs auf der Kantonsstrasse K30 Meierskappel–Udligenswil, Abschnitt ab bestehendem Trottoir Spycher Dorfausgang bis Bushaltestelle Feissenacher, Gemeinde Meierskappel,
- P 355 von Trudi Lötcher-Knüsel, Hitzkirch, über die Weiterführung der Radverkehrsanlage Baldegg–Hitzkirch–Aesch,
- P 477 von Patrick Meier, Root, über die Ausbildung von IF- und SHP-Lehrpersonen.

**Abgelehnt** wurde das Postulat

- P 484 von Christian Graber, Grossdietwil, über die Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen für die Ausarbeitung eines eigenen Lehrplans.

**Anfragen****Schriftlich beantwortet** wurden die Anfragen

- A 529 von Guido Durrer, Sempach, über das im Kanton Luzern herrschende Chaos im Bereich der H1N1-Impfung,
- A 530 von Christian Graber, Grossdietwil über die H1N1-Impfaktion in unserem Kanton,
- A 489 von Andrea Gmür-Schönenberger, Luzern, über die Botschaft B 80 betreffend LuTax,

- 
- A 330 von Hildegard Meier-Schöpfer, Willisau, über die Ausübung der Schneepportlehrer-, Bergführer- und Wanderleiterberufe sowie das gewerbsmässige Anbieten von Sportaktivitäten mit erhöhten Sicherheitsanforderungen,
  - A 481 von Monique Frey, Emmen, über die Verbesserung der Situation von Sans-Papiers,
  - A 494 von Gerhard Klein, Wauwil, übernommen von Guido Müller, Honau, über Konkordate,
  - A 380 von Erwin Arnold, Buchrain, über den angekündigten Prämienschub der Krankenkassen,
  - A 461 von Angela Pfäffli-Oswald, Grosswangen, über die quantitative Entwicklung der ambulanten Leistungen in den Luzerner Kantonsspitalern Sursee und Wolhusen.